

*„...Die aktuelle Empörung über die Praktiken der NSA zeigt das kurze Gedächtnis westlicher Demokratien, die sich allzu sehr in der (falschen) Gewissheit ihrer rechtsstaatlichen Konstitution wiegen. Letztendlich muss man sich aber fragen, warum demokratische Regierungen so große Angst vor ihren Bevölkerungen haben....“ * (Jutta Weber, Technikphilosophin und Professorin für Medienwissenschaften an der Universität Paderborn. Zu ihren Arbeitsschwerpunkten gehören Informatik, Robotik, und künstliche Intelligenz.)* [**Zum Artikel**](#)

Sicherheit, Recht und Freiheit

von

Jüri Martinsen

Am 20. Mai flog Edward Snowden nach Hongkong und gab zwischen dem 1. und 6. Juni Interviews, die am 9. Juni veröffentlicht wurden. Damit begann das, was inzwischen als Überwachungs- und Spionageskandal bekannt ist. Das ist jetzt über 2 Monate her.

„Normale Skandale“ sind in so einem Zeitraum längst verraucht, doch was Edward Snowden der erstaunten Weltöffentlichkeit präsentierte, ist immer noch nicht in seinen vollen Dimensionen bekannt, denn zahlreiche Regierungen – allen voran die der USA – sind eifrigst bemüht, die ganze Affäre unter den Teppich zu kehren.

Wenn die Enthüllungen von Edward Snowden zutreffen, überwachen die Geheimdienste der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten anderer befreundeter Länder in großem Umfang, ohne richterliche Mitwirkung (und völlig ohne Verdacht) Telekommunikation und Internet seit mehreren Jahren auf Vorrat.

Ziel der Überwachung sind alle Internetnutzer und alle Menschen, die zum Telefon greifen. Die globale Dimension der Überwachung ist es, was diesen Skandal so skandalös macht.

Der ehemalige Präsident des Deutschen Bundesverfassungsschutzes und des Bundesnachrichtendienstes Hansjörg Geiger kritisierte knapp und klar die Überwachung und Datenspeicherung: „Das ist falsch, das ist Orwell. Die neue mögliche Quantität der Überwachung schafft eine neue Qualität“.

Es ist nicht auszuschließen, dass das Vorgehen der Geheimdienste (nach Gesetzen der USA) nicht einmal illegal ist. In den USA sind seit dem 11. September zahlreiche Gesetze verabschiedet worden, die den Behörden weitgehende und sehr pauschale Möglichkeiten geben, um Terroristen zu verfolgen. Zur Verteidigung der Abhörmaßnahmen wird häufig behauptet, sie hätten schon zahlreiche Leben gerettet, weil dank ihrer Hilfe Anschläge vereitelt werden konnten. Was konkret daran ist, bleibt jedoch unklar.

Der 11. September war ein Schicksalsdatum nicht nur für seine Opfer. Heute werden wir Opfer der damals losgetretenen Anti-Terror-Hysterie, die nur einen Wert zu erkennen scheint: Sicherheit. Um maximale Sicherheit zu schaffen, werden die Freiheiten der Bürger beschnitten mit der fadenscheinigen Begründung, es handle ein Staat, der ein Rechtsstaat ist. Also müsse, so der Trugschluss, sein Handeln ja rechtsstaatlich sein.

Dass die jetzt bekannt gewordene Dimension die Qualität ändert, wird verkannt.

Es ist nicht Sicherheit allein, die Freiheit gewährleistet, es ist auch das Recht. Und es gibt kein Recht des Staates, mit dem Schleppnetz alle Daten zu sammeln, deren er nur irgendwie habhaft werden kann.

Der Staat hat die Verpflichtung, Menschen- und Bürgerrechte zu garantieren und seine Bürger gegen Übergriffe zu schützen. Die Bürger werden den Staat als starken Staat anerkennen, wenn er dieser Aufgabe erfolgreich nachkommt. Wenn der Staat seine Bürger und die Bürger von befreundeten Ländern bespitzelt, ist das kein Zeichen von Stärke. Im Gegenteil.

Im früheren kommunistischen Teil Deutschlands wurden die Bürger auch systematisch bespitzelt. Wir erinnern uns: Das war der schwächste Deutsche Staat den es je gab.

Jüri Martinsen*, 14.8.2013

* Diplomat, Politologe, Journalist
Eyes of Europe Essayist und Zeitzeuge seit 2001 / 2002